
Gesetz über die Förderung der Krankenpflege und der Betreuung von betagten und pflegebedürftigen Personen * (Krankenpflegegesetz)

Vom 2. Dezember 1979 (Stand 1. Januar 2016)

Vom Volke angenommen am 2. Dezember 1979¹⁾

1. Allgemeines

Art. 1 * Grundsatz

¹ Der Kanton fördert durch die Planung der stationären Versorgung der Bevölkerung und die Gewährung von Beiträgen eine bedarfsgerechte, zweckmässige und wirtschaftliche medizinische Behandlung, Pflege sowie Betreuung von Kranken, Langzeitpatienten und betagten Personen in der notwendigen Qualität. *

² Das Recht des Patienten auf freie Spital- und Heimwahl bleibt gewährleistet.

Art. 1a * Gleichstellung der Geschlechter

¹ Personen, Funktions- und Berufsbezeichnungen in diesem Gesetz und den dazugehörigen Verordnungen beziehen sich auf beide Geschlechter, soweit sich aus dem Sinn dieser Erlasse nichts anderes ergibt.

Art. 2 * ...

Art. 3 * Beitragsberechtigte Leistungserbringer *

¹ Der Kanton unterstützt:

- a) * die auf einer Spitalliste aufgeführten Spitäler und Geburtshäuser;
- b) die auf der Pflegeheimliste aufgeführten Alters- und Pflegeheime und Pflegegruppen;
- c) die Dienste der häuslichen Pflege und Betreuung mit einer Betriebsbewilligung;

¹⁾ B vom 6. November 1978, 387; GRP 1978/79, 799 (1. Lesung), GRP 1979/80, 51 (2. Lesung)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

- d) die von der Regierung anerkannten Pflegefachpersonen;
- e) die Dienste der Mütter- und Väterberatung mit einem kommunalen Leistungsauftrag;
- f) * die von der Regierung anerkannten Rettungsorganisationen.
- g) * ...

² Sofern ein ausgewiesener Bedarf nachgewiesen ist, kann die Regierung die Unterstützung auf weitere Leistungserbringer ausdehnen.

³ ... *

⁴ Selbständig erwerbende Pflegefachpersonen werden als beitragsberechtigt anerkannt, wenn sie die von der Regierung vorgegebenen Anforderungen an die Strukturqualität erfüllen.

⁵ ... *

Art. 4 * Einzureichende Daten

¹ Die vom Kanton unterstützten Leistungserbringer sind verpflichtet, dem zuständigen Amt unentgeltlich die zur Ermittlung der Betriebsbeiträge erforderlichen betriebs- und patientenbezogenen Kosten- und Leistungsdaten einzureichen. Die Regierung legt die einzureichenden Daten fest, das Amt die Frist, innert welcher die Daten einzureichen sind.

² Der Kanton kann Daten der Leistungserbringer veröffentlichen. Betriebsbezogene Daten können in nicht anonymisierter Form veröffentlicht werden.

Art. 5 * Spitalregionen

¹ Das Kantonsgebiet wird in folgende Spitalregionen eingeteilt:

- a) * Spitalregion Churer Rheintal mit den Gemeinden: Felsberg, Flims, Tamins, Trin, Bonaduz, Domat/Ems, Rhäzüns, Chur, Churwalden, Tschierschen-Praden, Haldenstein, Landquart, Trimmis, Untervaz, Zizers, Fläsch, Jenins, Maienfeld, Malans, Arosa, Calfreisen, Castiel, Langwies, Lünen, Maladers, Molinis, Peist, St. Peter-Pagig, Vaz/Obervaz, Lantsch/Lenz, Safien, Tenna, Versam;
- b) Spitalregion Oberengadin mit den Gemeinden: Bever, Celerina/ Schlarigna, Madulain, Pontresina, La Punt-Chamues-ch, Samedan, St. Moritz, S-chanf, Sils i.E./Segl, Silvaplana, Zuoz;
- c) * Spitalregion Engiadina bassa mit den Gemeinden: Ardez, Guarda, Lavin, Susch, Tarasp, Zernez, Samnau, Ftan, Scuol, Sent, Valsot;
- d) * Spitalregion Davos mit den Gemeinden: Davos, Schmitten;
- e) * Spitalregion Surselva mit den Gemeinden: Breil/Brigels, Disentis/Mustér, Medel (Lucmagn), Sumvitg, Tujetsch, Trun, Castrisch, Falera, Ilanz, Laax, Ladir, Luven, Mundaun, Pitasch, Riein, Ruschein, Sagogn, Schluein, Schnaus, Sevgein, Cumbel, Duvin, Degen, Lumbrein, Morissen, St. Martin, Suraua, Vals, Vella, Vignogn, Vrin, Andiast, Obersaxen, Pigniu, Rueun, Siat, Waltensburg/Vuoz, Valendas;

- f) * Spitalregion Heinzenberg/Domleschg/Hinterrhein/Albula mit den Gemeinden: Avers, Almens, Fürstenau, Paspels, Pratval, Rodels, Rothenbrunnen, Scharrans, Sils i.D., Tomils, Hinterrhein, Nufenen, Splügen, Sufers, Andeer, Casti-Wergenstein, Donat, Ferrera, Lohn, Mathon, Rongellen, Zillis-Reischen, Cazis, Flerden, Masein, Thusis, Tschappina, Urmein, Mutten, Alvaschein, Tiefencastel, Alvaneu, Brienz/Brinzauls, Surava, Bergün/Bravuogn, Filisur;
- g) Spitalregion Oberhalbstein mit den Gemeinden: Bivio, Cunter, Marmorera, Mon, Mulegns, Riom-Parsonz, Salouf, Savognin, Stierva, Sur, Tinizong-Rona;
- h) * Spitalregion Prättigau mit den Gemeinden: Fideris, Furna, Jenaz, Klosters-Serneus, Conters i.P., Küblis, Saas i. P., Luzein, St. Antönien, Grösch, Schiers, Seewis i.P.;
- i) * Spitalregion Val Müstair mit der Gemeinde Val Müstair;
- k) * Spitalregion Poschivio mit den Gemeinden: Brusio, Poschivio;
- l) * Spitalregion Bergell mit der Gemeinde Bregaglia;
- m) Spitalregion Mesolcina-Calanca mit den Gemeinden: Lostallo, Mesocco, Soazza, Cama, Grono, Leggia, Roveredo, San Vittore, Verdabbio, Arvigo, Braggio, Buseno, Castaneda, Cauco, Rossa, Sta. Maria i.C., Selma.

Art. 6 * Öffentliche Spitäler

¹ Als öffentliche akutsomatische Spitäler im Sinne dieses Gesetzes gelten das Kantonsspital Graubünden in Chur, das Spital Oberengadin in Samedan, das Spital Davos in Davos, das Regionalspital Surselva in Ilanz, das Krankenhaus Thusis in Thusis, das Ospidal d'Engiadina bassa in Scuol, das Regionalspital Prättigau in Schiers, das Kreisspital Surses in Savognin, das Ospedale San Sisto in Poschivio, das Ospedale Asilo della Bregaglia in Promontogno, das Ospidal Val Müstair in Sta. Maria.

² Als öffentliche psychiatrische Spitäler im Sinne dieses Gesetzes gelten die Kliniken Waldhaus und Beverin der Psychiatrischen Dienste Graubünden und die Kinder- und Jugendstation der Kinder- und Jugendpsychiatrie Graubünden.

Art. 6a * ...

Art. 7 * Organisation der Spital- und Planungsregionen

¹ Die Gemeinden der einzelnen Spitalregionen sowie der Planungsregionen für die teilstationäre und stationäre Pflege und Betreuung von Langzeitpatienten und betagten Personen, die häusliche Pflege und Betreuung sowie die Mütter- und Väterberatung haben sich in zweckmässiger Weise zu organisieren.

Art. 8 * Rückerstattung

¹ Wird eine vom Kanton mit Baubeiträgen unterstützte Institution ihrer Zweckbestimmung entzogen, sind für jedes bis 25 Jahre seit der Beitragsgewährung fehlende Jahr vier Prozent des ausgerichteten Beitrages zu erstatten. Die Regierung legt den zu erstattenden Betrag fest.

² Für Rückforderungen besteht ein gesetzliches, den eingetragenen Belastungen nachgehendes Pfandrecht des Kantons gemäss Artikel 836 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches²⁾. Das Pfandrecht ist im Grundbuch einzutragen.

³ Die Regierung kann bei Zweckänderungen, die im kantonalen Interesse liegen, von einer Rückforderung absehen.

2. Spitalplanung und Spitalliste *

Art. 9 * Spitalplanung

¹ Die Regierung erstellt nach den Vorgaben der Krankenversicherungsgesetzgebung eine Planung für die stationäre Versorgung der Bevölkerung des Kantons und der sich im Kanton aufhaltenden Personen in der Akutmedizin, der Psychiatrie und der Rehabilitation. Die Spitalplanung ist periodisch zu überprüfen.

² Sie enthält insbesondere:

- a) Ermittlung des künftigen Bedarfs;
- b) Bestimmung des zur Versorgung notwendigen Angebots;
- c) Zuordnung der medizinischen Leistungen zu Leistungsgruppen;
- d) Bestimmung der leistungsgruppenspezifischen Anforderungen an die Strukturqualität und der weiteren Evaluationskriterien;
- e) Evaluation der Leistungserbringer.

Art. 10 * Spitalliste 1. Zuständigkeit und Inhalt

¹ Die Regierung erlässt gestützt auf die Spitalplanung eine Spitalliste.

² Die Spitalliste enthält die inner- und ausserkantonalen Spitäler und Geburtshäuser, die notwendig sind, um die stationäre Versorgung der Bevölkerung des Kantons und der sich im Kanton aufhaltenden Personen sicherzustellen, die den einzelnen Einrichtungen auf der Grundlage von medizinischen Leistungsgruppen erteilten Leistungsaufträge und allfällige dazu gehörende Auflagen und Bedingungen.

³ Bei der Erteilung von Leistungsaufträgen für die Grundversorgung ist die zeitliche Erreichbarkeit des Spitals für die zu versorgende Bevölkerung mitzubersichtigen.

⁴ Zur Förderung ihrer Wettbewerbsfähigkeit können den Bündner Spitälern über den Bedarf hinausgehende Leistungsaufträge erteilt werden.

⁵ Den Spitälern ist es nicht gestattet, innerhalb des Leistungsauftrages medizinische Leistungen ausserhalb der Spitalräumlichkeiten zu erbringen oder erbringen zu lassen.

²⁾ SR [210](#)

Art. 10a * 2. Anforderungen für die Erteilung von Leistungsaufträgen

¹ Leistungsaufträge können Spitälern erteilt werden, die folgende Anforderungen erfüllen oder die deren Erfüllung auf den Zeitpunkt, auf den der Leistungsauftrag wirksam wird, zusichern:

- a) Bereitschaft, das von der Regierung zur Sicherstellung der Versorgung des Kantons oder einer Region definierte Leistungsspektrum bis zum Ablauf der Kündigungsfrist beziehungsweise zur Änderung oder Streichung des Leistungsauftrages durch die Regierung gemäss Artikel 10d zu erbringen;
- b) ausreichende Infrastruktur, um den Leistungsauftrag zu erfüllen;
- c) Betrieb der für die medizinische Leistungserbringung am Patienten erforderlichen Behandlungs- und Untersuchungskapazitäten in eigenem Namen und auf eigene Rechnung;
- d) Verwendung des Investitionsanteils der Tarife zu dem dafür vorgesehenen Zweck;
- e) Teilnahme an schweizerischen Qualitätsmessungen;
- f) Aufnahme von Notfällen während 24 Stunden am Tag;
- g) Mindestanteil von 60 Prozent Bündner Patienten, für deren stationäre Behandlung ausschliesslich Leistungen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung in Rechnung gestellt wurden, am Total der Bündner Patienten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung;
- h) Implementierung eines Konzeptes zum Eintritts- und Entlassungsmanagement;
- i) Erstellung und Veröffentlichung der Jahresrechnung gemäss den allgemein anerkannten Rechnungslegungsstandards für Spitäler;
- k) branchenübliche Anstellungsbedingungen.

² Die Erteilung von Leistungsaufträgen kann:

- a) mit Auflagen und Bedingungen verknüpft werden;
- b) von Mindestfallzahlen abhängig gemacht werden, soweit deren Auswirkungen auf die Ergebnisqualität wissenschaftlich anerkannt sind.

³ Ausnahmsweise können zur Bedarfsdeckung auch Spitäler auf die Spitalliste aufgenommen werden, die nicht sämtliche Anforderungen nach Absatz 1 erfüllen. Ergeben sich daraus für das Spital finanzielle Vorteile, hat es zum Ausgleich Abgaben in von der Regierung festgelegter Höhe zu leisten.

Art. 10b * 3. Verpflichtung zur Leistungserbringung

¹ Spitäler, die einen Leistungsauftrag erhalten haben, sind verpflichtet, das im Leistungsauftrag enthaltene Leistungsspektrum zu erbringen.

² Die Regierung kann Spitäler im Kanton verpflichten, bestimmte Leistungen zu erbringen, wenn dies zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung notwendig ist.

Art. 10c * 4. Kündigung des Leistungsauftrags

¹ Die Regierung und die Spitäler können den Leistungsauftrag unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten auf das Jahresende hin künden.

Art. 10d * 5. Sanktionen

¹ Das zuständige Amt kann das Listenspital mit einer Busse bis 500 000 Franken bestrafen, wenn dieses:

- a) die für die Aufnahme auf die Spitalliste massgebenden Anforderungen gemäss Artikel 10a nicht oder nicht mehr oder nur teilweise erfüllt;
- b) den Leistungsauftrag oder die damit verbundenen Auflagen und Bedingungen nicht einhält;
- c) die ihm zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung gestützt auf Artikel 10b Absatz 2 von der Regierung vorgegebenen Leistungen nicht erbringt;
- d) die Bestimmungen des öffentlichen Beschaffungsrechts nicht einhält.

² Die Regierung kann zudem das Spital von der Spitalliste streichen oder den ihm erteilten Leistungsauftrag anpassen.

Art. 10e * Pflegeheimplanung und -liste

¹ Die Regierung erstellt nach den Vorgaben der Krankenversicherungsgesetzgebung eine Planung für die Pflege und Betreuung von Langzeitpatienten und betagten Personen und erlässt gestützt auf die Pflegeheimplanung eine Pflegeheimliste.

² Die Bestimmungen zur Spitalplanung und Spitalliste gelten dabei sinngemäss.

3. Beiträge an die Investitionen von Spitalern *

Art. 11 * Kantonsbeiträge
1. Allgemeines

¹ ... *

² ... *

³ ... *

⁴ Der Grosse Rat kann für Investitionen, die im überregionalen Interesse liegen, einen zusätzlichen Investitionsbeitrag an ein einzelnes Spital festlegen.

⁵ ... *

Art. 11a * ...

Art. 12 * ...

Art. 13 * ...

Art. 14 * ...

Art. 15 * ...

4. Beiträge an Spitäler und Geburtshäuser *

Art. 16 * Leistungsvereinbarungen

¹ Die Regierung vereinbart in einer Leistungsvereinbarung mit den öffentlichen Spitälern:

- a) die beitragsberechtigten stationären UVG-, IVG- und MVG-Pflichtleistungen;
- b) den Auftrag in den Bereichen der universitären Lehre und der Forschung;
- c) die beitragsberechtigten gemeinwirtschaftlichen Leistungen;
- d) die beitragsberechtigten Leistungen im Bereich des Notfall- und Krankentransports.

² Die Regierung kann zur Sicherstellung der Versorgung auch Leistungsvereinbarungen mit privaten oder ausserkantonalen Spitälern abschliessen.

Art. 17 * Anteil der öffentlichen Hand

¹ Die Regierung legt den Anteil der öffentlichen Hand an den zwischen den Krankenversicherern und den Spitälern und Geburtshäusern vereinbarten oder hoheitlich festgelegten Vergütungen für stationäre KVG-Pflichtleistungen fest. *

² Der Entscheid der Regierung ist endgültig.

³ Der festgelegte Anteil der öffentlichen Hand gilt auch für die Tageskliniken der öffentlichen psychiatrischen Spitäler. *

Art. 18 * Kantons- und Gemeindebeiträge 1. Grundsatz

¹ Die Beiträge des Kantons und der Gemeinden setzen sich zusammen:

- a) * aus dem Anteil der öffentlichen Hand an den zwischen den Krankenversicherern und den Spitälern und Geburtshäusern vereinbarten oder hoheitlich festgelegten Vergütungen für stationäre KVG-Pflichtleistungen;
- b) * aus den Beiträgen an die öffentlichen Spitäler für medizinische Leistungen gemäss Artikel 16 Absatz 1 Litera a, für welche die Patienten beziehungsweise deren Versicherer aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder eines hoheitlich festgelegten Tarifs keinen die betriebswirtschaftlich notwendigen Kosten deckenden Preis bezahlen;
- c) * ...
- d) aus den Beiträgen an die öffentlichen Spitäler für den Notfall- und Krankentransportdienst;
- e) aus den Beiträgen an die Spitäler für die universitäre Lehre und die Forschung;
- f) aus den Beiträgen an die öffentlichen akutsomatischen Spitäler für gemeinwirtschaftliche Leistungen;
- g) aus den Beiträgen an die öffentlichen psychiatrischen Spitäler für gemeinwirtschaftliche Leistungen;

h) aus den Beiträgen an private und ausserkantonale Spitäler zur Sicherstellung der Versorgung.

² Beiträge an stationäre Leistungen werden nur ausgerichtet, wenn die stationäre Behandlung medizinisch indiziert ist.

³ Die Beiträge für Leistungen gemäss Artikel 16 Absatz 1 Litera a ergeben sich aus der Differenz des UVG-, IVG-, MVG-Basisfallwertes zum KVG-Basisfallwert im Kanton. *

⁴ ... *

Art. 18a * 2. Aufteilung der Beiträge zwischen Kanton und Gemeinden

¹ Der Kanton und die Gemeinden beteiligen sich wie folgt an den Beiträgen gemäss Artikel 18 Absatz 1 Litera a, b, c, d und f:

- a) Kanton: 90 Prozent
- b) Gemeinde: 10 Prozent

² Leistungspflichtig für die Beiträge gemäss Artikel 18 Absatz 1 Litera a und b sind die Gemeinden der Spitalregion, in welcher die behandelte Person ihren zivilrechtlichen Wohnsitz hat. Für nach KVG versicherte ausländische Arbeitnehmer und deren Angehörige ohne zivilrechtlichen Wohnsitz in der Schweiz sind die Gemeinden der Spitalregion der Aufenthaltsgemeinde des Arbeitnehmers beitragspflichtig.

³ Leistungspflichtig für die Beiträge gemäss Artikel 18 Absatz 1 Litera c, d und f sind die Gemeinden der betreffenden Spitalregion.

⁴ Zu 100 Prozent zu Lasten des Kantons gehen die Beiträge gemäss Artikel 18 Absatz 1 Litera e, g und h sowie die Beiträge gemäss Artikel 18 Absatz 1 Litera a für Personen des Asylbereichs, soweit sie sich in einer Kollektivunterkunft aufhalten und keine Erwerbstätigkeit ausüben.

Art. 18b * Grosser Rat

¹ Der Grosse Rat legt jährlich im Budget abschliessend fest:

- a) den Gesamtkredit für den Anteil des Kantons an den Beiträgen des Kantons und der Gemeinden an den Notfall- und Krankentransportdienst der öffentlichen Spitäler und der Spitalregion Mesolcina-Calanca;
- b) den Gesamtkredit für die Beiträge des Kantons an die Spitäler für die universitäre Lehre und die Forschung;
- c) den Gesamtkredit für den Anteil des Kantons an den Beiträgen des Kantons und der Gemeinden an die öffentlichen Spitäler für gemeinwirtschaftliche Leistungen;
- d) den Gesamtkredit für die Beiträge des Kantons an private und ausserkantonale Spitäler zur Sicherstellung der Versorgung.

Art. 18c * Notfall- und Krankentransport

¹ Die Regierung teilt den Gesamtkredit für den Anteil des Kantons an den Beiträgen des Kantons und der Gemeinden für den Notfall- und Krankentransportdienst unter Berücksichtigung des Rettungskonzepts sowie des Kostendeckungsgrades bei wirtschaftlicher Führung und angemessener Ausgestaltung und Organisation des Rettungsdienstes auf die Spitäler und auf die Spitalregion Mesolcina-Calanca auf.

Art. 18d * Universitäre Lehre und Forschung

¹ Die Regierung teilt den Gesamtkredit für die Beiträge des Kantons für die universitäre Lehre und die Forschung wie folgt auf die einzelnen Spitäler auf:

- a) innerkantonale Spitäler: insbesondere unter Berücksichtigung der Leistungsvereinbarung, der ausgewiesenen Kosten und Leistungen sowie der Stellenzahl des Vorjahres;
- b) ausserkantonale Spitäler: gemäss interkantonaler Vereinbarung.

Art. 18e * Gemeinwirtschaftliche Leistungen

¹ Die Regierung teilt den Gesamtkredit für den Anteil des Kantons an den Beiträgen des Kantons und der Gemeinden für gemeinwirtschaftliche Leistungen unter Berücksichtigung der Leistungsvereinbarungen, der bei wirtschaftlicher Führung ungedeckten Kosten der gemeinwirtschaftlichen Leistungen sowie der Einnahmen aus der Behandlung von Halbprivat- und Privatpatienten und von Selbstzahlern auf die einzelnen Spitäler auf.

² Als gemeinwirtschaftliche Leistungen gelten insbesondere die Aufwendungen für:

- a) Vorhalteleistungen;
- b) Palliativpflege;
- c) Prävention;
- d) Sozialdienst;
- e) Spitalseelsorge;
- f) Epidemievorsorge;
- g) Rechtsmedizin;
- h) Betrieb eines geschützten Spitals;
- i) * medizinische Vorsorge für Notlagen und Katastrophen;
- k) * Pflichtleistungen gemäss Artikel 10b Absatz 2, soweit die Betriebs- und Investitionskosten nicht durch die Tarife gedeckt sind.

Art. 18f * Beitragskürzungen

¹ Die Regierung kann die Beiträge des Kantons an ein Spital für den Notfall- und Krankentransport, die universitäre Lehre und die Forschung sowie für gemeinwirtschaftliche Leistungen kürzen, wenn:

- a) die Leistungen vom Spital nicht gemäss den der Betriebsbewilligung zu Grunde gelegten Anforderungen an die Strukturqualität erbracht werden;

- b) die Kosten- und Leistungsdaten vom Spital unvollständig, fehlerhaft oder verspätet eingereicht werden;
- c) die von der Regierung erlassenen Vorschriften über die Betriebsführung und Rechnungslegung vom Spital nicht eingehalten werden;
- d) die von der Regierung festgelegte Anzahl Ausbildungsplätze für Gesundheits- und Sozialberufe vom Spital nicht zur Verfügung gestellt wird.

² Die Kürzung darf pro Einwohner der Spitalregion nicht mehr als 50 Franken betragen.

Art. 18g * Tarifgenehmigung

¹ Die der Regierung zur Genehmigung vorgelegten Tarifverträge haben zusätzlich zu den vom Bund vorgegebenen Anforderungen zu beinhalten:

- a) geeignete Mechanismen zur Verhinderung nicht gerechtfertigter Mengenausweitung;
- b) datenschutzrechtlich konforme Regelung der Weitergabe von Patientendaten an die Krankenversicherer;
- c) Korrekturmechanismus bei ungenügender Kodierungsqualität.

² Die Pauschalen haben dem durchschnittlichen Fallaufwand der wirtschaftlichen Spitäler und Geburtshäuser in der notwendigen Qualität zu entsprechen. *

³ Der Basispreis ist für alle Spitäler und Geburtshäuser im Kanton grundsätzlich einheitlich zu vereinbaren. *

Art. 18h * Innovationsbeiträge

¹ Der Kanton kann durch die Tarifverträge nicht abgedeckte betriebswirtschaftlich notwendige Mehrkosten neuer wissenschaftlich allgemein anerkannter stationärer Untersuchungs- und Behandlungsmethoden während maximal zwei Jahren finanzieren.

Art. 19 * ...

5. Beiträge für Angebote für die stationäre Pflege und Betreuung von Langzeitpatienten und betagten Personen *

Art. 20 * Zuständigkeit 1. Gemeinden

¹ Die Gemeinden sorgen für ein ausreichendes Angebot für die teilstationäre und die stationäre Pflege und Betreuung von Langzeitpatienten und betagten Personen. *

² Sie erstellen eine regional abgestimmte Bedarfsplanung.

³ Die Regierung kann nach Anhören der Gemeinden Planungsregionen bezeichnen. *

⁴ Sie kann die Aufnahme einer Institution auf die Pflegeheimliste von der Zustimmung der Gemeinden der Planungsregion abhängig machen. *

⁵ Die Aufnahme von Personen mit ausserkantonalem Wohnsitz setzt eine Kostengutsprache des Wohnsitzkantons und/oder der Wohnsitzgemeinde voraus. *

Art. 20a * 2. Kanton

¹ Die Psychiatrischen Dienste Graubünden sind für die Pflege und Betreuung von Psychogeriatricpatienten zuständig, sofern dies Art und Schwere ihrer Erkrankung und Behinderung erfordern. *

² Sie leisten Unterstützung bei der klinikexternen Betreuung von pflegebedürftigen Personen mit psychischen Störungen.

Art. 21 * Investitionsbeiträge
1. Grundsatz und Höhe

¹ Der Kanton und die Gemeinden gewähren der Planungsregion für jedes in Übereinstimmung mit der kantonalen Rahmenplanung zusätzlich geschaffene Pflegebett je folgenden Investitionsbeitrag:

- a) Alters- und Pflegeheime: 160 000 Franken;
- b) Pflegegruppen: 120 000 Franken.

² Bei Angeboten von kantonalen Bedeutung kann der Kanton auch den Investitionsbeitrag der Gemeinden übernehmen.

³ An die Umwandlung von Zweibettzimmern in Einbettzimmer gewähren der Kanton und die Gemeinden für jedes in Übereinstimmung mit der kantonalen Rahmenplanung zusätzlich geschaffene Zimmer in Alters- und Pflegeheimen bis zu einem maximalen Anteil an Einbettzimmern von 90 Prozent einen Investitionsbeitrag von je 120 000 Franken.

⁴ Die Regierung kann die Investitionsbeiträge der Teuerung anpassen. *

Art. 21a * 2. Beitragsvoraussetzungen

¹ Voraussetzung für die Gewährung von Beiträgen ist die Anerkennung des Angebotes durch die Regierung.

² Die Anerkennung wird gewährt wenn,

- a) das Angebot der kantonalen Rahmenplanung entspricht;
- b) das Projekt eine zweckmässige Pflege und Betreuung gewährleistet und baulich einwandfrei ist;
- c) bei Pflegegruppen die Unterstützung durch ein Alters- und Pflegeheim oder durch einen Dienst der häuslichen Pflege und Betreuung sichergestellt ist;
- d) eine zweckmässige und wirtschaftliche Betriebsführung gewährleistet ist.

Art. 21b * Kosten und Kostenbeteiligung der Bewohner

¹ Die Regierung legt für die auf der Pflegeheimliste aufgeführten Alters- und Pflegeheime und Pflegegruppen nach Leistungsumfang abgestuft die anerkannten Kosten und die maximale Kostenbeteiligung der Bewohner fest für:

- a) Pensionskosten;
- b) Instandsetzungs- und Erneuerungskosten;
- c) Betreuungskosten;
- d) Pflegekosten.

² Basis für die Festlegung der anerkannten Kosten und der maximalen Kostenbeteiligung der Bewohner bilden die durchschnittlichen Kosten der wirtschaftlichen Alters- und Pflegeheime und Pflegegruppen mit einer Betriebsbewilligung ohne Auflagen gemäss Kostenrechnung des der Beschlussfassung vorangehenden Jahres. Bei der Festlegung berücksichtigt die Regierung die gegenüber dem Basisjahr durch exogene Faktoren und die Teuerung verursachten Aufwandänderungen.

³ Für die Festlegung der maximalen Kostenbeteiligung der Bewohner an den Pflegekosten ist der nach Bundesrecht maximal zulässige Betrag massgebend.

⁴ Die beitragsberechtigten Alters- und Pflegeheime und Pflegegruppen haben ihre Tarife derart anzusetzen, dass die gemäss Vorgabe der Regierung maximal zulässigen Reserven nicht überschritten werden.

Art. 21c * Betriebsbeiträge der öffentlichen Hand

¹ Der Kanton und die Gemeinden gewähren den auf der Pflegeheimliste aufgeführten Alters- und Pflegeheimen und Pflegegruppen leistungsbezogene Beiträge an:

- a) die Pflegeleistungen;
- b) die Leistungen der Akut- und Übergangspflege.

² Der Beitrag des Kantons und der Gemeinden beträgt 25 Prozent beziehungsweise 75 Prozent der nicht durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung und die maximale Kostenbeteiligung der Bewohner gedeckten anerkannten Pflegekosten.

³ Bei einem Aufenthalt in einem ausserkantonalen Alters- und Pflegeheim oder in einer ausserkantonalen Pflegegruppe werden die ungedeckten Pflegekosten maximal in dem Umfang übernommen, der bei einem Aufenthalt in einer kantonalen Einrichtung anfallen würde.

⁴ Beitragspflichtig ist die Gemeinde, in welcher der Bewohner vor Eintritt in das Alters- und Pflegeheim oder die Pflegegruppe seinen zivilrechtlichen Wohnsitz (Wohnsitz) hatte. Die Gemeinden, in denen der Bewohner in den letzten zehn Jahren vor Eintritt in das Alters- und Pflegeheim oder in die Pflegegruppe Wohnsitz hatte, haben sich anteilmässig am Beitrag zu beteiligen.

⁵ Kann eine im Anschluss an einen Spitalaufenthalt der stationären Pflege und Betreuung bedürftige Person vom behandelnden Spital nicht an einen Leistungserbringer gemäss Artikel 3 Absatz 1 Litera b überwiesen werden, hat die Wohnsitzgemeinde dem Spital den Differenzbeitrag zwischen dem vom Krankenversicherer geleisteten Beitrag und den von der Regierung für die oberste Pflegebedarfsstufe anerkannten Kosten gemäss Artikel 21b Absatz 1 Litera a bis d zu leisten.

Art. 21d * Innovationsbeiträge

¹ Der Kanton kann neue Modelle für die ambulante, teilstationäre und stationäre Pflege und Betreuung von Langzeitpatienten und von betagten Personen während einer befristeten Versuchsphase finanzieren, sofern eine qualifizierte Wirkungsbeurteilung gewährleistet ist.

Art. 21e * Beiträge an Organisationen

¹ Der Kanton kann in Berücksichtigung des öffentlichen Interesses kantonalen oder regional tätigen gemeinnützigen privaten Organisationen Beiträge zur Förderung der Altershilfe gewähren.

Art. 21f * Anteil der öffentlichen Hand

¹ Die Regierung legt den Anteil der öffentlichen Hand an den zwischen den Krankenversicherern und den Alters- und Pflegeheimen und Pflegegruppen vereinbarten oder hoheitlich festgelegten Vergütungen der Leistungen der Akut- und Übergangspflege fest.

² Der Entscheid der Regierung ist endgültig.

Art. 21g * Beitragskürzung

¹ Die Beiträge des Kantons können um 5 bis 30 Prozent gekürzt werden, wenn:

- a) die Leistungen nicht gemäss den von der Regierung vorgegebenen Anforderungen an die Strukturqualität erbracht werden;
- b) die Kosten- und Leistungsdaten unvollständig, fehlerhaft oder verspätet eingereicht werden;
- c) den pflege- und betreuungsbedürftigen Personen höhere als die von der Regierung festgelegten maximalen Kostenbeteiligungen in Rechnung gestellt werden;
- d) die den pflege- und betreuungsbedürftigen Personen in Rechnung gestellten Tarife zu einer Überschreitung der gemäss Vorgabe der Regierung maximal zulässigen Reserven führen;
- e) die von der Regierung erlassenen Vorschriften über die Betriebsführung und Rechnungslegung nicht eingehalten werden;
- f) die von der Regierung festgelegte Anzahl Ausbildungsplätze für Gesundheits- und Sozialberufe nicht zur Verfügung gestellt wird;
- g) Personen mit ausserkantonalem Wohnsitz ohne Kostengutsprache aufgenommen werden.

6. Ausbildungsplätze für Schulen des Gesundheits- und Sozialwesens *

Art. 22 * Ausbildungsplätze

¹ Die beitragsberechtigten Leistungserbringer des Gesundheits- und Sozialwesens sind verpflichtet, innerkantonalen und im Interesse des Kantons liegenden ausserkantonalen Ausbildungsstätten eine dem Mitarbeitendenbestand angemessene Anzahl Ausbildungsplätze für Gesundheits- und Sozialberufe zur Verfügung zu stellen. *

² Die Regierung kann die Anzahl der Ausbildungsplätze pro Ausbildungsbetrieb festlegen. *

Art. 23 * ...

Art. 24 * Abgeltung der Arbeitsleistung

¹ Die Arbeitsleistungen der Auszubildenden sind in der Regel von den Institutionen abzugelten. *

² Die Regierung kann das System und die Höhe der Abgeltung festlegen.

³ Werden die Arbeitsleistungen statt durch die Institution durch Lohnzahlungen der Schule abgegolten, wird die von der Institution zu leistende Abgeltung mit den Beiträgen des Kantons an die Institution verrechnet. *

Art. 25 * ...

Art. 25^{bis} * ...

7. Vollzug *

Art. 26 Mitspracherecht *

¹ Die Trägerschaften der öffentlichen akutsomatischen Spitäler haben den Gemeinden ihrer Spitalregion ein angemessenes Mitspracherecht einzuräumen. *

² ... *

³ ... *

Art. 27 * Betriebsführung und Rechnungslegung

¹ Die Regierung kann Vorschriften über die Betriebsführung, die Rechnungslegung, die Tarifgestaltung, die Stellen- und Einreisungspläne sowie über die Anstellungsbedingungen für das Personal der beitragsberechtigten Leistungserbringer erlassen. Sie kann die Bücher jederzeit überprüfen, durch das zuständige Amt Einsicht in die Belege nehmen lassen und die Betriebsführung kontrollieren sowie auf Grund der Erhebungen Vergleiche zwischen den einzelnen Leistungserbringern anstellen.

² Sie erlässt Vorgaben über die maximale Höhe der Reserven der beitragsberechtigten Alters- und Pflegeheime, Dienste der häuslichen Pflege und Betreuung und Dienste der Mütter- und Väterberatung. *

Art. 28 * Beitragspflicht der öffentlichen Hand

¹ Zur Überprüfung der Beitragspflicht der öffentlichen Hand an die KVG-Pflichtleistungen ist das Gesundheitsamt berechtigt, über ein Abrufverfahren im zentralen Einwohnerregister die Niederlassungs- oder Aufenthaltsgemeinde der behandelten Person abzufragen.

8. Beiträge an Arzthäuser und Arztwartgelder *

Art. 29 * ...

Art. 30 * ...

9. Beiträge an die Dienste der häuslichen Pflege und Betreuung sowie an die anerkannten Pflegefachpersonen ***Art. 31** Zuständigkeit

¹ Die Gemeinden sorgen für ein ausreichendes Angebot an Diensten der häuslichen Pflege und Betreuung. *

² Die Absätze 2 und 3 von Artikel 20 gelten sinngemäss. *

³ ... *

⁴ ... *

Art. 31a * Anteil der öffentlichen Hand

¹ Die Regierung legt den Anteil der öffentlichen Hand an den zwischen den Krankenversicherern und den Diensten der häuslichen Pflege und Betreuung und den Pflegefachpersonen vereinbarten oder hoheitlich festgelegten Vergütungen der Leistungen der Akut- und Übergangspflege fest.

Art. 31b * Kosten und Kostenbeteiligung der Klienten

¹ Die Regierung legt für die Dienste der häuslichen Pflege und Betreuung und die anerkannten Pflegefachpersonen die anerkannten Kosten und die maximale Kostenbeteiligung der Klienten fest für:

- a) Pflegeleistungen;
- b) Leistungen der Akut- und Übergangspflege.

² Sie legt zusätzlich für die Dienste der häuslichen Pflege und Betreuung mit kommunalem Leistungsauftrag die anerkannten Kosten und die maximale Kostenbeteiligung der Klienten fest für:

- a) die hauswirtschaftlichen und betreuenden Leistungen;
- b) den Mahlzeitendienst.

³ Für die Festlegung der maximalen Kostenbeteiligung der Klienten an den Pflegekosten sind 50 Prozent des nach Bundesrecht maximal zulässigen Betrages massgebend.

⁴ Die beitragsberechtigten Dienste der häuslichen Pflege und Betreuung haben die Kostenbeteiligungen der Klienten derart anzusetzen, dass die gemäss Vorgabe der Regierung maximal zulässigen Reserven nicht überschritten werden.

Art. 31c * Beiträge

1. Dienste mit kommunalem Leistungsauftrag

¹ Der Kanton und die Gemeinden gewähren den Diensten der häuslichen Pflege und Betreuung mit kommunalem Leistungsauftrag leistungsbezogene Beiträge an:

- a) die Pflegeleistungen;
- b) die Leistungen der Akut- und Übergangspflege;
- c) die hauswirtschaftlichen und betreuenden Leistungen;
- d) den Mahlzeitendienst.

² Der Beitrag des Kantons und der Gemeinden beträgt 55 Prozent beziehungsweise 45 Prozent der nicht durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung und die maximale Kostenbeteiligung der Klienten gedeckten anerkannten Kosten.

³ Basis für die Festlegung der leistungsbezogenen Beiträge bilden die Kosten- und Leistungsdaten der Kostenrechnung des der Beschlussfassung vorangehenden Jahres der wirtschaftlichen Dienste mit einer Betriebsbewilligung ohne Auflagen. Bei der Festlegung berücksichtigt die Regierung die gegenüber dem Basisjahr durch exogene Faktoren und die Teuerung verursachten Aufwandänderungen.

⁴ Beitragspflichtig ist die Gemeinde, in welcher der Klient seinen Wohnsitz hat.

⁵ Die Regierung kann den zeitlichen Umfang der hauswirtschaftlichen und betreuenden Leistungen und des Mahlzeitendienstes begrenzen.

Art. 31d * 2. Dienste ohne kommunalen Leistungsauftrag und anerkannte Pflegefachpersonen

¹ Der Kanton und die Gemeinden gewähren den Diensten der häuslichen Pflege und Betreuung ohne kommunalen Leistungsauftrag und den anerkannten Pflegefachpersonen leistungsbezogene Beiträge an:

- a) die Pflegeleistungen;
- b) die Leistungen der Akut- und Übergangspflege.

² Der Beitrag des Kantons und der Gemeinden beträgt 55 Prozent beziehungsweise 45 Prozent der pro Leistungskategorie nicht durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung und die maximale Kostenbeteiligung der Klienten gedeckten anerkannten Kosten.

³ Artikel 31c Absatz 3 gilt sinngemäss.

⁴ Beitragspflichtig ist die Gemeinde, in welcher der Klient seinen Wohnsitz hat.

Art. 31e * Anspruch auf Leistungen

¹ Voraussetzung für den Anspruch auf hauswirtschaftliche und betreuende Leistungen sowie den Mahlzeitendienst ist eine standardisierte Bedarfsabklärung, welche die Ressourcen der Klienten und diejenigen ihres sozialen Umfeldes berücksichtigt.

² Dienste der häuslichen Pflege und Betreuung mit einem kommunalen Leistungsauftrag haben anspruchsberechtigten pflege- und betreuungsbedürftigen Personen mit Wohnsitz im Tätigkeitsgebiet alle Leistungen gemäss Artikel 31c Absatz 1 zu erbringen.

Art. 31f * Beitragskürzung

¹ Die Beiträge des Kantons können um 5 bis 30 Prozent gekürzt werden, wenn:

- a) die Leistungen nicht gemäss den von der Regierung vorgegebenen Anforderungen an die Strukturqualität erbracht werden;
- b) die Kosten- und Leistungsdaten unvollständig, fehlerhaft oder verspätet eingereicht werden;
- c) anspruchsberechtigten Personen Leistungen vorenthalten werden;
- d) * den pflege- oder betreuungsbedürftigen Personen höhere als die von der Regierung festgelegten maximalen Kostenbeteiligungen in Rechnung gestellt werden;
- e) * die den pflege- und betreuungsbedürftigen Personen in Rechnung gestellten Tarife zu einer Überschreitung der gemäss Vorgabe der Regierung maximal zulässigen Reserven führen;
- f) * die von der Regierung erlassenen Vorschriften über die Betriebsführung und Rechnungslegung nicht eingehalten werden;
- g) * die von der Regierung festgelegte Anzahl Ausbildungsplätze für Gesundheits- und Sozialberufe nicht zur Verfügung gestellt wird.

10. ... *

Art. 31g * ...

Art. 31h * ...

Art. 31i * ...

Art. 31k * ...

Art. 31^{bis} * ...

11. Rettungswesen *

Art. 32 * Personenrettung

¹ Der Kanton gewährleistet eine möglichst optimale und rasche Rettung von verunfallten, kranken oder sich in Gefahr befindenden Personen durch Koordination, Aufsicht und Gewährung von Beiträgen an die im Rettungswesen tätigen Organisationen und Personen.

Art. 33 * Rettungskonzept

¹ Die Regierung erlässt ein Konzept über die Organisation des Rettungswesens.

Art. 34 * Koordination

¹ Eine zentrale Koordinationsstelle gewährleistet rund um die Uhr die Alarmierung bei medizinischen Notfällen und koordiniert den Einsatz der geeigneten personellen und materiellen Mittel.

² Der Kanton kann die zentrale Koordinationsstelle selber betreiben oder Dritte damit beauftragen.

³ Personen, die durch einen von der zentralen Koordinationsstelle alarmierten Notfall- und Krankentransportdienst eines öffentlichen Spitals transportiert werden, haben sich an den Betriebskosten der Koordinationsstelle zu beteiligen. Die Höhe der Beteiligung wird von der Regierung festgelegt. Der festgelegte Betrag ist vom Spital in Rechnung zu stellen und an die Koordinationsstelle weiterzuleiten. *

Art. 35 * ...

Art. 36 * Transportdienste, Bewilligung

¹ Die öffentlichen Spitäler sind in ihrer Region für einen leistungsfähigen Notfall- und Krankentransport auf der Strasse verantwortlich. Sie haben sich dazu mit den regionalen ärztlichen Notfalldiensten abzusprechen und haben Ärzte für ihre Einbindung in den Notfall- und Krankentransportdienst zu entschädigen.

² Der Notfall- und Krankentransport ausserhalb der Strasse und die Ortung, Rettung und Bergung von sich in Gefahr befindenden Personen obliegt den von der Regierung anerkannten privaten und öffentlichen Institutionen des Rettungswesens.

³ Der gewerbmässige Transport von Kranken und Verunfallten bedarf einer Bewilligung.

Art. 37 * ...

Art. 38 * Sonderfälle

¹ Befindet sich in einer Spitalregion kein öffentliches Spital, hat die Spitalregion ein anderes Spital oder eine andere Organisation mit dem Notfall- und Krankentransportdienst auf der Strasse in ihrer Region zu beauftragen. Artikel 18a Absatz 1 und Artikel 36 Absatz 1 finden sinngemäss Anwendung.

² Die Regierung kann Spitalregionen den Anschluss an eine ausserkantonale Koordinationsstelle genehmigen, wenn dies zur Erfüllung der Zielsetzung des Rettungswesens im Kanton als zweckmässig erscheint. Die entsprechenden Kosten gehen zu Lasten des Kantons.

Art. 39 * ...

Art. 40 * Wartgeld

¹ ... *

² Der Kanton kann anerkannten Rettungsorganisationen ein Wartgeld gewähren. *

Art. 41 * Versicherung

¹ Der Kanton schliesst für die an Rettungsaktionen oder an Ausbildungskursen teilnehmenden Personen eine Haftpflichtversicherung und eine ergänzende Unfallversicherung ab.

Art. 42 * Uneinbringliche Kosten

¹ Sind Kosten eines durch eine anerkannte Organisation durchgeführten Notfall- und Krankentransportes auf der Strasse uneinbringlich, so gehen diese zu Lasten der Betriebsrechnung des Spitals der betreffenden Spitalregion.

² Der Kanton kann uneinbringliche Kosten von Such-, Bergungs- und Rettungsaktionen der übrigen beteiligten Organisationen übernehmen.

Art. 43 * ...

12.a Institutionen für Kinder- und Jugendpsychiatrie *

Art. 44 * ...

Art. 45 * ...

Art. 46 * ...

13. Schlussbestimmungen *

Art. 47 * Änderung und Aufhebung von Erlassen³⁾

Art. 48 * ...

Art. 49 * ...

Art. 49a * 2. Spitäler
a) Investitionsbeiträge

¹ Bei der Festlegung des Investitionsbeitrages werden in den ersten zehn Jahren nach In-Kraft-Treten der Teilrevision die in den letzten fünfzehn Jahren vor In-Kraft-Treten der Teilrevision geleisteten sowie die von der Regierung bis zum In-Kraft-Treten der Teilrevision zugesicherten aber noch nicht geleisteten Beiträge abgestuft nach dem Beitragsjahr berücksichtigt.

² Die vor In-Kraft-Treten der Teilrevision zugesicherten, noch nicht geleisteten Beiträge werden nach bisherigem Recht ausgerichtet. Bei der Festlegung der Beiträge gemäss Artikel 11 Absatz 3 werden sie zu 100 Prozent angerechnet. Die zeitliche Beschränkung gemäss Absatz 1 findet nicht Anwendung.

Art. 49b * ...

³⁾ Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

Art. 49c * 3. Alters- und Pflegeheime und Pflegegruppen

¹ An Bauprojekte, bei denen vor dem In-Kraft-Treten der Teilrevision ein den Vorgaben der zuständigen Dienststellen entsprechendes Gesuch eingereicht wurde, werden Investitionsbeiträge nach bisherigem Recht ausgerichtet, soweit innert sechs Jahren nach In-Kraft-Treten der Teilrevision eine Abrechnung eingereicht wird. Während eines Rechtsmittelverfahrens steht diese Frist still.

Art. 49d * ...

Art. 49e *

¹ An Bauprojekte, welche vor Inkrafttreten der Teilrevision eine definitive Beitragszusicherung der Regierung erhalten haben, werden Investitionsbeiträge nach bisherigem Recht ausgerichtet.

Art. 50 * Inkrafttreten

¹ Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes⁴⁾. Auf diesen Zeitpunkt ist das Gesetz über die Förderung der Krankenpflege vom 25. Oktober 1964 aufgehoben⁵⁾.

Art. 51 * ...

Art. 51a * Kantonsspital Graubünden

¹ ... *

² Die Regierung stellt sicher, dass bei den von ihr gewählten Stiftungsratsmitgliedern der Stiftung „Kantonsspital Graubünden“ beide Geschlechter vertreten sind.

⁴⁾ Mit RB vom 10. Dezember 1979 auf den 1. Januar 1980 in Kraft gesetzt; zur Teilrevision vom 24. September 1989, die auf den 1. Januar 1990 in Kraft gesetzt wurde, gehört folgende Übergangsbestimmung: Die Teilrevision wird nach der Annahme durch das Volk von der Regierung in Kraft gesetzt. Für Projekte, die nach dem 31. Dezember 1985 angemeldet worden sind und keine Bundesbeiträge mehr erhalten, gilt der revidierte Art. 20 Abs. 2, sofern die Projekte zum Zeitpunkt der Inkraftsetzung dieser Bestimmung noch nicht abgeschlossen sind.

⁵⁾ AGS 1964, 537

12. ... *

Art. 52 * Übergangsbestimmungen zur Teilrevision vom 16. Juni 2011
1. Beitragsberechtigte Leistungsangebote der Spitäler und Geburtshäuser *

¹ Im ersten Jahr nach dem Inkrafttreten der Teilrevision gelten die Leistungen gemäss Artikel 6a Absatz 2 im bisherigen Rahmen als beitragsberechtigt.

² Die Aufteilung des vom Grossen Rat festgelegten Gesamtkredits für gemeinwirtschaftliche Leistungen auf die einzelnen Spitäler erfolgt im ersten Jahr nach dem Inkrafttreten der Teilrevision gemäss dem von der Regierung im Jahr 2011 angewendeten Schlüssel.

Art. 53 * 2. Ausgleich der Investitionsbeiträge an Spitäler

¹ Der Ausgleich der Investitionsbeiträge des Kantons an die Spitäler gemäss Artikel 49a Absatz 1 wird in den ersten drei Jahren nach Inkrafttreten der Teilrevision fortgeführt. Der Ausgleich erfolgt pro rata temporis durch eine Verrechnung mit dem Beitrag des Kantons für gemeinwirtschaftliche Leistungen beziehungsweise einen Zuschlag auf diesen Beitrag.

² Spitäler, denen in Anwendung von Artikel 49a Absatz 2 Beiträge ausgerichtet wurden, haben diese dem Kanton nach Abzug der gemäss Artikel 11 Absatz 3 berechneten jährlichen Investitionsbeiträge zu 75 Prozent zu erstatten. Der Rückerstattungsmodus wird zwischen den Spitälern und dem Kanton vereinbart.

³ Die gemäss Absatz 2 rückerstatteten Investitionsbeiträge werden unter Berücksichtigung der stationären Fälle und der mittleren Fallschwere der Jahre 2005 bis 2009 auf die öffentlichen akutsomatischen Spitäler verteilt.

Art. 54 * Übergangsbestimmungen zur Teilrevision vom 31. August 2012⁶⁾

⁶⁾ Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
02.12.1979	01.01.1980	Erlass	Erstfassung	-
19.06.1989	01.01.1990	Art. 35	aufgehoben	-
28.09.1997	01.01.1998	Art. 32	totalrevidiert	-
28.09.1997	01.01.1998	Art. 33	totalrevidiert	-
28.09.1997	01.01.1998	Art. 34	totalrevidiert	-
28.09.1997	01.01.1998	Art. 40	totalrevidiert	-
28.09.1997	01.01.1998	Art. 41	totalrevidiert	-
28.09.1997	01.01.1998	Art. 42	totalrevidiert	-
04.03.2001	01.01.2002	Erlasstitel	geändert	-
04.03.2001	01.01.2002	Art. 1	totalrevidiert	-
04.03.2001	01.01.2002	Art. 1a	eingefügt	-
04.03.2001	01.01.2002	Art. 15	aufgehoben	-
04.03.2001	01.01.2002	Art. 20	totalrevidiert	-
04.03.2001	01.01.2002	Art. 20a	eingefügt	-
04.03.2001	01.01.2002	Art. 21a	eingefügt	-
04.03.2001	01.01.2002	Art. 21d	eingefügt	-
04.03.2001	01.01.2002	Art. 21e	eingefügt	-
04.03.2001	01.01.2002	Art. 50	totalrevidiert	-
24.09.2002	01.01.2003	Art. 24	totalrevidiert	-
24.09.2002	01.01.2003	Art. 25	aufgehoben	-
24.09.2002	01.01.2003	Art. 25 ^{bis}	aufgehoben	-
27.09.2002	01.01.2003	Art. 22	totalrevidiert	-
30.11.2003	01.01.2004	Art. 29	aufgehoben	-
30.11.2003	01.01.2004	Art. 30	aufgehoben	-
26.08.2004	01.01.2005	Art. 11	totalrevidiert	-
26.08.2004	01.01.2005	Art. 14	aufgehoben	-
26.08.2004	01.01.2005	Art. 31 Abs. 4	aufgehoben	-
26.08.2004	01.01.2005	Art. 43	aufgehoben	-
26.08.2004	01.01.2005	Art. 49a	eingefügt	-
29.08.2005	01.01.2006	Art. 5	totalrevidiert	-
29.08.2005	01.01.2006	Art. 26 Abs. 2	aufgehoben	-
29.08.2005	01.01.2006	Art. 51	aufgehoben	-
30.08.2005	01.01.2006	Art. 51a	eingefügt	-
13.06.2007	01.01.2008	Art. 20 Abs. 1	geändert	-
13.06.2007	01.01.2008	Art. 20 Abs. 3	geändert	-
13.06.2007	01.01.2008	Art. 20 Abs. 4	eingefügt	-
13.06.2007	01.01.2008	Art. 21 Abs. 4	geändert	-
13.06.2007	01.01.2008	Art. 31 Abs. 2	geändert	-
13.06.2007	01.01.2008	Art. 31 Abs. 3	aufgehoben	-
13.06.2007	01.01.2008	Art. 31f	eingefügt	-
13.06.2007	01.01.2008	Art. 31 ^{bis}	aufgehoben	-
13.06.2007	01.01.2008	Art. 48	aufgehoben	-
13.06.2007	01.01.2008	Art. 49	aufgehoben	-
13.06.2007	01.01.2008	Art. 49c	eingefügt	-
13.06.2007	01.01.2008	Titel 12.	aufgehoben	-
27.08.2010	01.01.2011	Art. 3	totalrevidiert	-
27.08.2010	01.01.2011	Art. 20 Abs. 5	eingefügt	-
27.08.2010	01.01.2011	Art. 21	totalrevidiert	-
27.08.2010	01.01.2011	Art. 21b	totalrevidiert	-
27.08.2010	01.01.2011	Art. 21c	totalrevidiert	-
27.08.2010	01.01.2011	Art. 21g	eingefügt	-
27.08.2010	01.01.2011	Art. 22 Abs. 1	geändert	-
27.08.2010	01.01.2011	Art. 27	totalrevidiert	-
27.08.2010	01.01.2011	Art. 31 Abs. 1	geändert	-
27.08.2010	01.01.2011	Art. 31b	totalrevidiert	-
27.08.2010	01.01.2011	Art. 31c	totalrevidiert	-
27.08.2010	01.01.2011	Art. 31d	totalrevidiert	-
27.08.2010	01.01.2011	Art. 31e	totalrevidiert	-
27.08.2010	01.01.2011	Art. 31f Abs. 1, d)	geändert	-
27.08.2010	01.01.2011	Art. 31f Abs. 1, e)	geändert	-
27.08.2010	01.01.2011	Art. 31f Abs. 1, f)	eingefügt	-

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
27.08.2010	01.01.2011	Art. 31f Abs. 1, g)	eingefügt	-
27.08.2010	01.01.2011	Art. 31g	eingefügt	-
27.08.2010	01.01.2011	Art. 31h	eingefügt	-
27.08.2010	01.01.2011	Art. 31i	eingefügt	-
27.08.2010	01.01.2011	Art. 31k	eingefügt	-
27.08.2010	01.01.2011	Art. 49d	aufgehoben	-
27.08.2010	01.01.2011	Art. 49e	eingefügt	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 2	aufgehoben	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 3	Titel geändert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 3 Abs. 1, f)	geändert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 3 Abs. 1, g)	aufgehoben	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 3 Abs. 3	aufgehoben	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 3 Abs. 5	aufgehoben	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 4	totalrevidiert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 5 Abs. 1, d)	geändert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 5 Abs. 1, f)	geändert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 5 Abs. 1, h)	geändert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 5 Abs. 1, i)	geändert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 5 Abs. 1, k)	geändert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 5 Abs. 1, l)	geändert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 6	totalrevidiert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 11 Abs. 1	aufgehoben	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 11 Abs. 2	aufgehoben	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 11 Abs. 3	aufgehoben	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 11 Abs. 5	aufgehoben	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 11a	aufgehoben	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 12	aufgehoben	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 13	aufgehoben	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 17	totalrevidiert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 18	totalrevidiert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 18a	totalrevidiert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 18b	totalrevidiert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 18c	totalrevidiert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 18d	totalrevidiert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 18e	totalrevidiert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 18f	totalrevidiert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 18g	totalrevidiert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 18h	eingefügt	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 19	aufgehoben	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 21f	totalrevidiert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 22 Abs. 2	geändert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 23	aufgehoben	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 24 Abs. 1	geändert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 24 Abs. 3	eingefügt	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 26	Titel geändert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 26 Abs. 1	geändert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 26 Abs. 3	aufgehoben	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 27 Abs. 2	geändert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 31a	totalrevidiert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 34 Abs. 3	eingefügt	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 36	totalrevidiert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 37	aufgehoben	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 38	totalrevidiert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 39	aufgehoben	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 40 Abs. 1	aufgehoben	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 40 Abs. 2	geändert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 44	aufgehoben	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 45	aufgehoben	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 46	aufgehoben	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 47	totalrevidiert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 49b	aufgehoben	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 51a Abs. 1	aufgehoben	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 52	totalrevidiert	-
16.06.2011	01.01.2012	Art. 53	eingefügt	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 1 Abs. 1	geändert	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 3 Abs. 1, a)	geändert	-

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
31.08.2012	01.01.2013	Art. 5 Abs. 1, a)	geändert	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 5 Abs. 1, c)	geändert	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 5 Abs. 1, e)	geändert	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 6a	aufgehoben	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 7	totalrevidiert	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 8	totalrevidiert	-
31.08.2012	01.01.2013	Titel 2.	eingefügt	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 9	totalrevidiert	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 10	totalrevidiert	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 10a	eingefügt	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 10b	eingefügt	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 10c	eingefügt	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 10d	eingefügt	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 10e	eingefügt	-
31.08.2012	01.01.2013	Titel 3.	geändert	-
31.08.2012	01.01.2013	Titel 4.	geändert	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 16	totalrevidiert	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 17 Abs. 1	geändert	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 17 Abs. 3	eingefügt	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 18 Abs. 1, a)	geändert	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 18 Abs. 1, b)	geändert	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 18 Abs. 1, c)	aufgehoben	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 18 Abs. 3	geändert	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 18 Abs. 4	aufgehoben	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 18e Abs. 2, i)	geändert	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 18e Abs. 2, k)	eingefügt	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 18g Abs. 2	geändert	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 18g Abs. 3	geändert	-
31.08.2012	01.01.2013	Titel 5.	geändert	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 20a Abs. 1	geändert	-
31.08.2012	01.01.2013	Titel 6.	geändert	-
31.08.2012	01.01.2013	Titel 8.	geändert	-
31.08.2012	01.01.2013	Titel 9.	geändert	-
31.08.2012	01.01.2013	Titel 10.	geändert	-
31.08.2012	01.01.2013	Titel 11.	geändert	-
31.08.2012	01.01.2013	Titel 12,a	geändert	-
31.08.2012	01.01.2013	Titel 13.	geändert	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 52	Titel geändert	-
31.08.2012	01.01.2013	Art. 54	eingefügt	-
28.08.2013	01.01.2014	Titel 7.	geändert	-
28.08.2013	01.01.2014	Art. 28	totalrevidiert	-
18.11.2014	01.01.2016	Titel 10.	aufgehoben	2014-031
18.11.2014	01.01.2016	Art. 31g	aufgehoben	2014-031
18.11.2014	01.01.2016	Art. 31h	aufgehoben	2014-031
18.11.2014	01.01.2016	Art. 31i	aufgehoben	2014-031
18.11.2014	01.01.2016	Art. 31k	aufgehoben	2014-031

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Erlass	02.12.1979	01.01.1980	Erstfassung	-
Erlässtitel	04.03.2001	01.01.2002	geändert	-
Art. 1	04.03.2001	01.01.2002	totalrevidiert	-
Art. 1 Abs. 1	31.08.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 1a	04.03.2001	01.01.2002	eingefügt	-
Art. 2	16.06.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 3	27.08.2010	01.01.2011	totalrevidiert	-
Art. 3	16.06.2011	01.01.2012	Titel geändert	-
Art. 3 Abs. 1, a)	31.08.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 3 Abs. 1, f)	16.06.2011	01.01.2012	geändert	-
Art. 3 Abs. 1, g)	16.06.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 3 Abs. 3	16.06.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 3 Abs. 5	16.06.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 4	16.06.2011	01.01.2012	totalrevidiert	-
Art. 5	29.08.2005	01.01.2006	totalrevidiert	-
Art. 5 Abs. 1, a)	31.08.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 5 Abs. 1, c)	31.08.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 5 Abs. 1, d)	16.06.2011	01.01.2012	geändert	-
Art. 5 Abs. 1, e)	31.08.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 5 Abs. 1, f)	16.06.2011	01.01.2012	geändert	-
Art. 5 Abs. 1, h)	16.06.2011	01.01.2012	geändert	-
Art. 5 Abs. 1, i)	16.06.2011	01.01.2012	geändert	-
Art. 5 Abs. 1, k)	16.06.2011	01.01.2012	geändert	-
Art. 5 Abs. 1, l)	16.06.2011	01.01.2012	geändert	-
Art. 6	16.06.2011	01.01.2012	totalrevidiert	-
Art. 6a	31.08.2012	01.01.2013	aufgehoben	-
Art. 7	31.08.2012	01.01.2013	totalrevidiert	-
Art. 8	31.08.2012	01.01.2013	totalrevidiert	-
Titel 2,	31.08.2012	01.01.2013	eingefügt	-
Art. 9	31.08.2012	01.01.2013	totalrevidiert	-
Art. 10	31.08.2012	01.01.2013	totalrevidiert	-
Art. 10a	31.08.2012	01.01.2013	eingefügt	-
Art. 10b	31.08.2012	01.01.2013	eingefügt	-
Art. 10c	31.08.2012	01.01.2013	eingefügt	-
Art. 10d	31.08.2012	01.01.2013	eingefügt	-
Art. 10e	31.08.2012	01.01.2013	eingefügt	-
Titel 3,	31.08.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 11	26.08.2004	01.01.2005	totalrevidiert	-
Art. 11 Abs. 1	16.06.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 11 Abs. 2	16.06.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 11 Abs. 3	16.06.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 11 Abs. 5	16.06.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 11a	16.06.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 12	16.06.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 13	16.06.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 14	26.08.2004	01.01.2005	aufgehoben	-
Art. 15	04.03.2001	01.01.2002	aufgehoben	-
Titel 4,	31.08.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 16	31.08.2012	01.01.2013	totalrevidiert	-
Art. 17	16.06.2011	01.01.2012	totalrevidiert	-
Art. 17 Abs. 1	31.08.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 17 Abs. 3	31.08.2012	01.01.2013	eingefügt	-
Art. 18	16.06.2011	01.01.2012	totalrevidiert	-
Art. 18 Abs. 1, a)	31.08.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 18 Abs. 1, b)	31.08.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 18 Abs. 1, c)	31.08.2012	01.01.2013	aufgehoben	-
Art. 18 Abs. 3	31.08.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 18 Abs. 4	31.08.2012	01.01.2013	aufgehoben	-
Art. 18a	16.06.2011	01.01.2012	totalrevidiert	-
Art. 18b	16.06.2011	01.01.2012	totalrevidiert	-
Art. 18c	16.06.2011	01.01.2012	totalrevidiert	-

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Art. 18d	16.06.2011	01.01.2012	totalrevidiert	-
Art. 18e	16.06.2011	01.01.2012	totalrevidiert	-
Art. 18e Abs. 2, i)	31.08.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 18e Abs. 2, k)	31.08.2012	01.01.2013	eingefügt	-
Art. 18f	16.06.2011	01.01.2012	totalrevidiert	-
Art. 18g	16.06.2011	01.01.2012	totalrevidiert	-
Art. 18g Abs. 2	31.08.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 18g Abs. 3	31.08.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 18h	16.06.2011	01.01.2012	eingefügt	-
Art. 19	16.06.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Titel 5.	31.08.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 20	04.03.2001	01.01.2002	totalrevidiert	-
Art. 20 Abs. 1	13.06.2007	01.01.2008	geändert	-
Art. 20 Abs. 3	13.06.2007	01.01.2008	geändert	-
Art. 20 Abs. 4	13.06.2007	01.01.2008	eingefügt	-
Art. 20 Abs. 5	27.08.2010	01.01.2011	eingefügt	-
Art. 20a	04.03.2001	01.01.2002	eingefügt	-
Art. 20a Abs. 1	31.08.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 21	27.08.2010	01.01.2011	totalrevidiert	-
Art. 21 Abs. 4	13.06.2007	01.01.2008	geändert	-
Art. 21a	04.03.2001	01.01.2002	eingefügt	-
Art. 21b	27.08.2010	01.01.2011	totalrevidiert	-
Art. 21c	27.08.2010	01.01.2011	totalrevidiert	-
Art. 21d	04.03.2001	01.01.2002	eingefügt	-
Art. 21e	04.03.2001	01.01.2002	eingefügt	-
Art. 21f	16.06.2011	01.01.2012	totalrevidiert	-
Art. 21g	27.08.2010	01.01.2011	eingefügt	-
Titel 6.	31.08.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 22	27.09.2002	01.01.2003	totalrevidiert	-
Art. 22 Abs. 1	27.08.2010	01.01.2011	geändert	-
Art. 22 Abs. 2	16.06.2011	01.01.2012	geändert	-
Art. 23	16.06.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 24	24.09.2002	01.01.2003	totalrevidiert	-
Art. 24 Abs. 1	16.06.2011	01.01.2012	geändert	-
Art. 24 Abs. 3	16.06.2011	01.01.2012	eingefügt	-
Art. 25	24.09.2002	01.01.2003	aufgehoben	-
Art. 25 ^{ha}	24.09.2002	01.01.2003	aufgehoben	-
Titel 7.	28.08.2013	01.01.2014	geändert	-
Art. 26	16.06.2011	01.01.2012	Titel geändert	-
Art. 26 Abs. 1	16.06.2011	01.01.2012	geändert	-
Art. 26 Abs. 2	29.08.2005	01.01.2006	aufgehoben	-
Art. 26 Abs. 3	16.06.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 27	27.08.2010	01.01.2011	totalrevidiert	-
Art. 27 Abs. 2	16.06.2011	01.01.2012	geändert	-
Art. 28	28.08.2013	01.01.2014	totalrevidiert	-
Titel 8.	31.08.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 29	30.11.2003	01.01.2004	aufgehoben	-
Art. 30	30.11.2003	01.01.2004	aufgehoben	-
Titel 9.	31.08.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 31 Abs. 1	27.08.2010	01.01.2011	geändert	-
Art. 31 Abs. 2	13.06.2007	01.01.2008	geändert	-
Art. 31 Abs. 3	13.06.2007	01.01.2008	aufgehoben	-
Art. 31 Abs. 4	26.08.2004	01.01.2005	aufgehoben	-
Art. 31a	16.06.2011	01.01.2012	totalrevidiert	-
Art. 31b	27.08.2010	01.01.2011	totalrevidiert	-
Art. 31c	27.08.2010	01.01.2011	totalrevidiert	-
Art. 31d	27.08.2010	01.01.2011	totalrevidiert	-
Art. 31e	27.08.2010	01.01.2011	totalrevidiert	-
Art. 31f	13.06.2007	01.01.2008	eingefügt	-
Art. 31f Abs. 1, d)	27.08.2010	01.01.2011	geändert	-
Art. 31f Abs. 1, e)	27.08.2010	01.01.2011	geändert	-
Art. 31f Abs. 1, f)	27.08.2010	01.01.2011	eingefügt	-
Art. 31f Abs. 1, g)	27.08.2010	01.01.2011	eingefügt	-
Titel 10.	31.08.2012	01.01.2013	geändert	-
Titel 10.	18.11.2014	01.01.2016	aufgehoben	2014-031
Art. 31g	27.08.2010	01.01.2011	eingefügt	-

506.000

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Art. 31g	18.11.2014	01.01.2016	aufgehoben	2014-031
Art. 31h	27.08.2010	01.01.2011	eingefügt	-
Art. 31h	18.11.2014	01.01.2016	aufgehoben	2014-031
Art. 31i	27.08.2010	01.01.2011	eingefügt	-
Art. 31i	18.11.2014	01.01.2016	aufgehoben	2014-031
Art. 31k	27.08.2010	01.01.2011	eingefügt	-
Art. 31k	18.11.2014	01.01.2016	aufgehoben	2014-031
Art. 31 ^{hs}	13.06.2007	01.01.2008	aufgehoben	-
Titel 11.	31.08.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 32	28.09.1997	01.01.1998	totalrevidiert	-
Art. 33	28.09.1997	01.01.1998	totalrevidiert	-
Art. 34	28.09.1997	01.01.1998	totalrevidiert	-
Art. 34 Abs. 3	16.06.2011	01.01.2012	eingefügt	-
Art. 35	19.06.1989	01.01.1990	aufgehoben	-
Art. 36	16.06.2011	01.01.2012	totalrevidiert	-
Art. 37	16.06.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 38	16.06.2011	01.01.2012	totalrevidiert	-
Art. 39	16.06.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 40	28.09.1997	01.01.1998	totalrevidiert	-
Art. 40 Abs. 1	16.06.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 40 Abs. 2	16.06.2011	01.01.2012	geändert	-
Art. 41	28.09.1997	01.01.1998	totalrevidiert	-
Art. 42	28.09.1997	01.01.1998	totalrevidiert	-
Art. 43	26.08.2004	01.01.2005	aufgehoben	-
Titel 12.a	31.08.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 44	16.06.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 45	16.06.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 46	16.06.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Titel 13.	31.08.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 47	16.06.2011	01.01.2012	totalrevidiert	-
Art. 48	13.06.2007	01.01.2008	aufgehoben	-
Art. 49	13.06.2007	01.01.2008	aufgehoben	-
Art. 49a	26.08.2004	01.01.2005	eingefügt	-
Art. 49b	16.06.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 49c	13.06.2007	01.01.2008	eingefügt	-
Art. 49d	27.08.2010	01.01.2011	aufgehoben	-
Art. 49e	27.08.2010	01.01.2011	eingefügt	-
Art. 50	04.03.2001	01.01.2002	totalrevidiert	-
Art. 51	29.08.2005	01.01.2006	aufgehoben	-
Art. 51a	30.08.2005	01.01.2006	eingefügt	-
Art. 51a Abs. 1	16.06.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Titel 12.	13.06.2007	01.01.2008	aufgehoben	-
Art. 52	16.06.2011	01.01.2012	totalrevidiert	-
Art. 52	31.08.2012	01.01.2013	Titel geändert	-
Art. 53	16.06.2011	01.01.2012	eingefügt	-
Art. 54	31.08.2012	01.01.2013	eingefügt	-